

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2002

Ausgegeben am 28. Mai 2002

Teil III

93. Abkommen der Österreichischen Bundesregierung und der Bundesregierung der Bundesrepublik Jugoslawien über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

93.

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Bundesregierung der Bundesrepublik Jugoslawien über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

Die Österreichische Bundesregierung und die Bundesregierung der Bundesrepublik Jugoslawien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind,

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen fortzusetzen und auszubauen,
 - in der Absicht die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Vorteils zu fördern und zu vertiefen,
 - in der Überzeugung, dass dieses Abkommen eine günstige Voraussetzung und eine geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Prozess der Transition der Wirtschaft der Bundesrepublik Jugoslawien schafft,
 - im Hinblick auf die Bestrebungen beider Staaten an einer umfassenden europäischen Integration teilzunehmen,
 - im Wissen um die Bedeutung, die dem Umweltschutz bei der Weiterentwicklung der Wirtschaft zukommt,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden um die Fortsetzung, harmonische Weiterentwicklung und Ausweitung der bilateralen wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit bemüht sein.

(2) Diese Zusammenarbeit wird im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften, in Übereinstimmung mit den Rechten und Pflichten aus den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaft und den Verpflichtungen gegenüber der Welthandelsorganisation (WTO) und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT – 1994) erfolgen.

Artikel 2

Den Zielsetzungen des Artikels 1 entsprechend, werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten fördern.

Artikel 3

Unter Bedachtnahme auf die bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen und den Stand der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit stim-

men die Vertragsparteien überein, dass günstige Möglichkeiten für eine langfristige Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen gegeben sind:

- Landwirtschaft und Agrartechnik;
- Forst- und Wasserwirtschaft;
- Agro- und Lebensmittelindustrie, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte;
- Tabakindustrie;
- Leichtindustrie, insbesondere Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie;
- Holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie;
- Bergbau, mineralische Roh- und Grundstoffe;
- Metallurgie, metallbe- und -verarbeitende Industrie;
- Maschinen- und Anlagenbau;
- chemische und petrochemische Industrie;
- Bauwesen, einschließlich Baumaterialienindustrie, Prüfung von Baumaterialien;
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien;
- Energiewirtschaft, einschließlich energiesparende Technologien;
- Errichtung und Revitalisierung von Kraftwerken und Leitungsnetzen;
- elektronische und elektrotechnische Industrie;
- wissenschaftliche Geräte und Geräte für die Meteorologie;
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische, kosmetische und pharmazeutische Industrie;
- Qualitätskontrolle, Standardisierung und Zertifizierung;
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz;
- Privatisierung;
- Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen;
- gewerblicher Rechtsschutz;
- Messe- und Ausstellungswesen.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden der Zusammenarbeit bei der Entwicklung ökologisch vertretbarer und wirtschaftlich vernünftiger Infrastruktursysteme in folgenden Bereichen höchstes Interesse widmen:

- Energie;
- Eisenbahn;
- Luftfahrt;
- Telekommunikation;
- Wasserwirtschaft;
- Abfallwirtschaft und Recycling.

Artikel 5

Bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden die Vertragsparteien moderne und umweltfreundliche Technologien sowie die Schonung ökologischer Ressourcen anstreben und unterstützen. Die Projekte sollen nach dem neuesten Stand der Technik verwirklicht werden.

Artikel 6

Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften

(1) und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern;

(2) wird die fachliche, wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Tourismusprojekten, insbesondere in den Bereichen Hotelbau, Tourismuskomplexe, Gesundheits-, Berg-, Wasser- und Sporttourismus, sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Beratungsleistungen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und Managern vor allem auf dem Gebiete

- der Außenwirtschaft;
- der Wirtschaftsverwaltung;
- des gewerblichen Rechtsschutzes;
- des Tourismus;
- des Patentwesens;
- des Bank- und Finanzwesens;
- des Versicherungswesens;

fördern.

Artikel 8

Die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit könnte vorwiegend in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Kooperationsvereinbarungen zur effizienteren Ausnutzung von Produktionskapazitäten, Minimierung der Produktionskosten und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit;
- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, Errichtung von Handelsvertretungen und -niederlassungen;
- Investitionen und Unternehmensbeteiligungen auch im Rahmen der Privatisierung;
- Technologie- und Know-How-Transfer;
- Entwicklungs- und Technologieprojekte;
- angewandte Forschung;
- Informationsaustausch über Patente, Lizenzen sowie sonstige gewerbliche Schutzrechte;
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften;
- Beratungsleistungen insbesondere in den Bereichen finanzielle und Bankdienstleistungen, Marketing, Entwicklung von Unternehmensstrategien, Kostenrechnung und sonstige Dienstleistungen;
- Erstellung von Feasibility-Studien;
- Informationsaustausch auf dem Gebiet der Standardisierung und Meteorologie;
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten;
- Austausch von Informationen, Dokumentationen und Publikationen, die für beide Vertragsparteien von Interesse sind;
- Zusammenarbeit der Wirtschaftskammern und Unternehmerverbände;

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten könnte österreichischerseits Know-How auf dem Gebiet der Finanzierungsform von Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 11

Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen. Wird kein Einvernehmen erzielt, empfehlen die Vertragsparteien die freie Wahl von internationalen Schiedsgerichten.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in der Republik Österreich oder in der Bundesrepublik Jugoslawien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Formierung von Arbeitsgruppen im Rahmen der Gemischten Kommission für die einzelnen Sektoren der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen beider Staaten,
- d) Festlegung der Prioritäten der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- e) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens,
- f) Beilegung von eventuellen Meinungsverschiedenheiten der Vertragsparteien in der Auslegung und Anwendung des Abkommens.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen gilt unbeschadet und vorbehaltlich der Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit Österreichs zur Europäischen Union ergeben. Die Bestimmungen des Abkommens können daher auf keinen Fall in der Weise geltend gemacht oder ausgelegt werden, dass sie die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag über die Europäische Union oder aus den Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit einer Vertragspartei des vorliegenden Abkommens ergeben, aufheben oder berühren.

(2) Im Falle von Unklarheiten hinsichtlich der Auswirkungen des Abs. 1 werden die Vertragsparteien diesbezügliche Konsultationen aufnehmen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das In-Kraft-Treten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Belgrad, am 12. Oktober 2001 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und serbischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die österreichische Bundesregierung:

Dr. Wolfgang Schüssel

Bundesregierung der Bundesrepublik Jugoslawien:

Dragisa Pesic

С П О Р А З У М

између Аустријске Савезне владе
и Савезне владе Савезне Републике Југославије
о привредној, пољопривредној, индустријској,
техничкој и технолошкој сарадњи

Аустријска Савезна влада и Савезна влада Савезне Републике Југославије, у даљем тексту "Стране уговорнице"

- руковођене жељом да наставе и прошире постојеће спољнотрговинске односе,
- у намери да унапреде и продубе привредну, пољопривредну, индустријску, техничку и технолошку сарадњу на основу узајамности и обостране користи,
- у уверењу да ће овај Споразум створити повољне предуслове и одговарајућу основу за даљи развој сарадње у процесу транзиције привреде Савезне Републике Југославије,
- у вези са настојањима обе државе да учествују у општој европској интеграцији,
- свесне значаја који има заштита човекове средине у даљем развоју привреде,
- полазећи од принципа тржишне привреде,

споразумеле су се о следећем:

Члан 1.

- (1) Стране уговорнице ће настојати да се настави, хармонично даље развија и проширује билатерална привредна, пољопривредна, индустријска, техничка и технолошка сарадња.
- (2) Ова сарадња ће се одвијати у складу са важећим националним правним прописима и у складу са правима и обавезама из Уговора о оснивању Европске заједнице и обавезама према Светској трговинској организацији (СТО) и Општем царинском и трговинском споразуму (ГАТТ- 1994).

Члан 2.

Обе Стране уговорнице ће сагласно са циљевима из члана 1. у оквиру својих надлежности и овлашћења подстицати спољнотрговинске односе између предузећа, организација, удружења и институција двеју држава, у даљем тексту "Предузеће".

Члан 3.

Узимајући у обзир постојеће спољнотрговинске односе и стање привредне, пољопривредне, индустријске, техничке и технолошке сарадње стране уговорнице су се сагласиле да постоје повољне могућности за дугорочну сарадњу, посебно у следећим областима:

- пољопривреди и агротехници;
- шумарству и водопривреди;
- агроиндустрији и индустрији прехранбених производа, преради и ускладиштењу пољопривредних производа;
- дуванској индустрији;
- лакој индустрији, посебно текстилној, кожарској индустрији и конфекцији;
- дрвно-прерађивачкој индустрији, индустрији папира и целулозе;
- рударству, минералним сировинама и базном материјалу;

- металургији, индустрији обраде метала и метало-прерађивачкој индустрији;
- машиноградњи и производњи уређаја;
- хемијској и петрохемијској индустрији;
- грађевинарству, укључујући индустрију грађевинског материјала, испитивање грађевинског материјала;
- ревитализацији, модернизацији, проширењу, аутоматизацији постојећих постројења и индустрија;
- енергетици, укључујући технологије за уштеду енергије;
- изградњи и ревитализацији електрана и далеководних мрежа;
- електронској и електротехничкој индустрији;
- производњи научних уређаја и уређаја за метеорологију;
- здравству, медицинској техници, медицинској, козметичкој и фармацеутској индустрији;
- контроли квалитета, стандардизацији и сертификацији;
- заштити човекове средине, природе, предела и земљишта;
- приватизацији;
- маркетингу, консалтингу и другим услугама;
- правној заштити индустријске својине;
- сајмовима и изложбама.

Члан 4.

Стране уговорнице ће посветити максималан интерес сарадњи у развоју еколошки оправданих и привредно рационалних инфраструктурних система у следећим областима:

- енергији;
- железници;
- ваздушном саобраћају;
- телекомуникацијама;
- водопривреди;
- преради отпадака и рециклажи.

Члан 5.

Стране уговорнице ће настојати и подстицати у оквиру остваривања сарадње на основу овог Споразума модерне и еколошке технологије, као и чување еколошких ресурса. Пројекти треба да се реализују на основу најновијих техничких стандарда.

Члан 6.

У оквиру важећих националних правних прописа

- (1) и на основу препорука Конференције Уједињених нација о туризму и међународним путовањима одржаној у Риму 1963. и Повеље о туризму и туристичком кодексу донете у Софији 1985, обе Стране уговорнице ће унапређивати туризам;
- (2) развијаће се стручна, привредна, индустријска, техничка и технолошка сарадња при изради пројеката у туризму, посебно у области изградње хотела, туристичких комплекса, здравственог, планинског, воденог и спортског туризма, као и при проширењу одговарајуће инфраструктуре уз уважавање принципа заштите човекове средине и високог туризма.

Члан 7.

Стране уговорнице ће у оквиру својих могућности и важећих националних правних прописа унапређивати услуге консалтинга, као и обуку и усавршавање стручњака и менаџера пре свега у области

- спољне трговине;
- управљања привредом;
- правне заштите индустријске својине;
- туризма;
- патената;
- банкарства и финансија;
- осигурања.

Члан 8.

Привредна, пољопривредна, индустријска, техничка и технолошка сарадња би могла да се остварује претежно кроз следеће облике:

- уговоре о кооперацији ради ефикаснијег коришћења производних капацитета, смањивања трошкова производње и повећања конкурентности на светском тржишту;
- оснивање заједничких предузећа, оснивање трговинских представништава и филијала;
- инвестиције и учешће предузећа у оквиру приватизације;
- трансфер технологије и know-how;
- развојне и технолошке пројекте;
- примењена истраживања;
- размену информација о патентима, лиценцама, као и другим правима заштите индустријске својине;
- хармонизацију норми и техничких прописа;
- услуге консалтинга, посебно у области финансијских и банкарских услуга, маркетинга, развоја, стратегије предузећа, обрачуна трошкова и других услуга;
- израду студија о изводљивости;
- размену информација у области стандардизације и метеорологије;
- организацију и реализацију заједничких семинара, симпозијума и конференција, размену делегација и експерата;
- размену информација, документација и публикација од интереса за обе Стране уговорнице;
- сарадњу привредних комора и удружења предузећа.

Члан 9.

Стране уговорнице ће унапређивати заштиту индустријске својине и њено спровођење у оквиру својих могућности и важећих националних правних прописа, посебно на основу Париске конвенције о заштити индустријске својине, као и утврђивати мере за даљи развој и продубљење сарадње.

Члан 10.

Стране уговорнице признају да је корисно и потребно веће учешће малих и средњих предузећа у билатералним спољнотрговинским односима.

У оквиру даљих могућности аустријска страна би могла да стави на располагање know-how у области финансирања малих и средњих предузећа.

Члан 11.

Стране уговорнице препоручују предузећима да спорове решавају пре свега међусобним пријатељским договорима. Ако се не постигне договор, стране уговорнице препоручују слободан избор међународних арбитражних судова.

Члан 12.

- (1) Овим Споразумом се оснива "Мешовита комисија" која се састаје на предлог једне од две Стране уговорнице наизменично у Републици Аустрији или у Савезној Републици Југославији
- (2) У задатке ове Мешовите комисије спадају посебно:
 - (а) разматрање стања и развоја билатералних спољнотрговинских односа,
 - (б) израда предлога за побољшање и интензивирање робне размене и привредне, пољопривредне, индустријске, техничке и технолошке сарадње,
 - (ц) формирање радних група у оквиру Мешовите комисије за поједине области привредне сарадње, као и привредне сарадње између појединих региона две земље,

- (д) утврђивање приоритета будуће привредне сарадње,
- (е) давање препорука за остваривање циљева из овог Споразума,
- (ф) отклањање евентуалних разлика Страна уговорница у тумачењу и примени Споразума.

Члан 13.

- (1) Овај Споразум важи без повреде и уз уважавање обавеза које проистичу из припадности Аустрије Европској унији. Одредбе овог Споразума не могу због тога ни у ком случају да се примењују или тумаче на начин да се њима укидају или се задире у обавезе које проистичу из Уговора о Европској унији или из Споразума Европске заједнице са једном од Страна уговорница из овог Споразума.
- (2) У случају нејасноћа у погледу дејстава из става 1 Стране уговорнице ће обављати одговарајуће консултације.

Члан 14.

- (1) Овај Споразум ступа на снагу првог дана трећег месеца који следи после месеца у којем су Стране уговорнице једна другу обавестиле да су испуњени услови који су националним законодавством предвиђени за ступање Споразума на снагу.
- (2) Овај Споразум се закључује за период од две године и продужава за наредну годину ако га једна од две Стране уговорнице не откаже писмено дипломатским путем три месеца пре истека његове важности.

Сачињено у БЕОГРАДУ дана 12. ОКТОБРА 2001. године у два оригинала, сваки на немачком и српском језику, при чему су оба текста подједнако аутентична.

ЗА
АУСТРИЈСКУ
САВЕЗНУ ВЛАДУ

ЗА
САВЕЗНУ ~~ВЛАДУ САВЕЗНЕ~~
РЕПУБЛИКЕ ЈУГОСЛАВИЈЕ



Wolfgang SCHÜSSEL



Dragisa PESIĆ

Die Notifikationen gemäß Art. 14 Abs. 1 des Abkommens wurden am 28. Jänner bzw. 7. Februar 2002 vorgenommen; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 14 Abs. 1 mit 1. Mai 2002 in Kraft.

Schüssel